

# Hermannstädter Zeitung.

Erscheint täglich. — Kostet  
vierteljährig : 2 fl. 50 kr.  
Mit Postversendung im  
Inland 3 fl. 80 kr. 5. W.

Erster Jahrgang.

Bei Inseraten wird die volle  
Zeile mit 6 kr. u. die Stem-  
pelgebühr mit 30 kr. für je-  
desmal. Einschalten berechnet.

N<sup>o</sup> 93. — 1861.

Dienstag, 15. October.

## Siebenbürgische Justiz-Zustände.

### I.

Die Justizgesetze und die Justizverwaltung, welche unter der Herrschaft der absoluten Regierung im Laufe der verwichenen zehn Jahre in Siebenbürgen eingeführt wurden, waren nicht frei von Mängeln, die jedoch sehr leicht verbessert werden konnten. Man konnte den Richter von der Last vieler administrativer Geschäfte, die nicht zu seinem Berufe gehören, und die füglich anderen Organen zugewiesen werden können, befreien; konnte Verbesserungen im Verfahren einführen, um die Raschheit und Sicherheit desselben zu befördern; einige wenige Bestimmungen des Civil- und Criminalrechtes den Rechtsanschauungen der gesammten Bevölkerung gemäß umgestalten und es war gewiß Niemanden eingefallen, gegen Justiz-Zustände auch nur die geringste Einwendung zu erheben, mit denen alle Welt zufrieden zu sein die vollste Ursache hatte. Die innere Welt, der Kern des österreichischen Justizwesens ist gut und edel, das civilisirte Europa erkennt dies an. Im Rathe derjenigen, die unmittelbar nach dem 20. October 1860 konnten, was sie wollten, war es anders beschaffen. Nicht um Verbesserung vorhandener Mängel, um Vernichtung des österreichischen Justizwesens war es ihnen zu thun.

Die k. k. Gerichte waren genöthigt, am 1. Mai des heurigen Jahres ihre Wirksamkeit einzustellen.

Kein Staat in Europa hat so viele Aenderungen seiner Verfassung durchgemacht, wie Frankreich. Welches aber auch immer der Wechsel war, den die wandelbare Tagespolitik dort hervorgebracht, das Justizwesen, wie es dort von 1789 her mit der Aufhebung der alten Feudalgerichtsherrlichkeit geschaffen wurde, nahm unberührt und ungestört unter den wechselnden Regierungsformen seinen Gang. Weder den restaurirten Bourbons, noch den Orleans, noch der Republik, noch dem gegenwärtigen Kaiser der Franzosen fiel es bei, Hand anzulegen an die Justizeinrichtungen. Den Code Napoleon nannte eine spätere Regierung Code civile und der gegenwärtige Kaiser der Franzosen ordnete als Präsident der Republik im Jahre 1852 an, daß er wieder Code Napoleon genannt werde; das war die einzige Reaction, welche die spätere Regierung gegen die gestürzte Vorgängerin in Bezug auf Justizeinrichtungen in Frankreich geltend machte. Und so wie in Frankreich sollte es bezüglich der Justiz auch überall sein; denn die Richter im Staate sprechen das Recht nicht um des Interesses oder der Zwecke einer Regierungsform oder einer politischen Partei, sondern um des Rechtes und der Gerechtigkeit Willen. Die Regierungsformen können sich ändern, die einander bekämpfenden politischen und nationalen Parteien siegen und besiegt werden; das Recht jedoch, das der Mund des Richters verkündet, soll nicht wechseln mit den politischen Gestalten, Leidenschaften und Vorurtheilen der Parteien, sondern sich gleich bleiben mitten in der Erscheinungen Flucht; sonst hört es auf Recht zu sein und wird zum Unrecht.

Es hat viel gekostet, das Justizwesen in Siebenbürgen auf jene Stufe zu bringen, auf welcher es sich befand, als es von dem Lose der Vernichtung getroffen wurde.

Wer den unermüdblichen Wettstreit zu beobachten Gelegenheit hatte, der sich unter den Mitgliedern der Gerichte geltend machte, ihrem erhabenen mit ausgezeichnete Vorliebe erfaßten Berufe möglichst vollkommen zu entsprechen; wer Zeuge der außerordentlichen Fortschritte war, welche die siebenbürgischen Richter und Advocaten ohne Unterschied der Nationalität in der Erkenntniß des Rechtes und in der Sicherheit und Gewandtheit bei der Anwendung desselben, in der kurzen Zeit nur weniger Jahre machten; wer die Harmonie und Eintracht, die Ordnung und den geregelten Lauf der Justizgeschäfte kennen lernte; wer die von Jahr zu Jahr steigende Auctorität und das Vertrauen in Betrachtung zieht, welches diese Entscheidungen bei allen Parteien genossen; wer es erfahren hat, wie so viele Derjenigen, die sich nun als Enthusiasten der bis zum Jahre 1848 bestandenen Justizeinrichtungen geberden, den kaiserlichen Gerichten ein Vertrauensvotum gaben, indem sie alles Mögliche thaten, um nur eine Finalentscheidung ihrer bei denselben anhängigen Angelegenheiten noch von den kaiserlichen Gerichten zu erlangen, und sie hiedurch den damals bevorstehenden Gerichten zu entziehen, und mit allen dem die Verwirrung und den trostlosen Zustand vergleicht,

der sich gegenwärtig in der siebenbürgischen Rechtspflege geltend macht; der wird nicht umhin können, mit in das lebhafteste Bedauern einzustimmen, welches jeder Unbefangene darüber erheben muß, daß die Justiz im Lande vernichtet wurde, bevor man ein Aequivalent an Stelle derselben zu setzen im Stande war.

Die alte Erfahrung, daß es weit leichter ist, zu zerstören, als aufzubauen, bewährt sich hier wieder im vollsten Maße. Durch diese Vernichtung des Justizwesens wurde der Glaube an die Stätigkeit des Rechtes untergraben; es wurde das Vorurtheil gekräftigt, als sei die Gerechtigkeitspflege ebenfalls ein Mittel, um die auf Ausschließung und Absonderung gerichteten Zwecke nationaler Parteien zu befördern; es wurde eine Unordnung und Verwirrung heraufbeschworen, die als ein großes Unglück für das Land und die Rechtsicherheit seiner Bewohner betrachtet werden muß. Fast scheint es, als habe die Göttin der Gerechtigkeit Wage und Schwert bei Seite legend, sich fort gegeben, um denen, die gegen sie mit Geringschätzung zu Werke gingen, es fühlen zu lassen, daß sie sich zur Dienerin für die Zwecke politischer Parteien nicht herabwürdigen, und ungestraft nicht vergewaltigen läßt.

Hermannstadt, 15. October. Wie man vernimmt, ist mittelst Gubernial-Befehl vom heutigen Tage an das Branntweimbrennen eingestellt worden.

Aus dem Großschenkler Stuhle. Am 6. October l. J. fand das Leichenbegängniß des nun im Herrn ruhenden emer. Pfarrers von Befokten, Johann Häner, in Großschenk statt. Presbyterium und Communität seiner Gemeinde, sowie die Capitulargeistliche waren bei der Beerdigung des 72jährigen Greises anwesend. Vor 5 Jahren wurde er gemüthigt, wegen gesteigerter Krankheit, Fußgicht, sein Pfarramt niederzulegen, um im Ruhestande seine noch übrige Lebenszeit zuzubringen. Mehr als zwanzig Jahre versah er das Pfarramt zu Neustadt am Harrbach und dreizehn das zu Befokten. Auch war er einige Jahre hindurch Dechant des Kisder Capitels, Schenkler Abtheilung. Was er aber seiner Gemeinde Befokten gewesen — das wird diese so leicht nicht vergessen. Materiell und geistig gekräftigt ist diese durch den Verstorbenen nicht wenig aus ihrem verjumpten Zustande emporgehoben worden. Behüte nur der Himmel, daß dieser böotische Zustand nicht wieder rückkehre. Dem Verbliebenen verdankt ja die Gemeinde ihr Gotteshaus, das fast ganz von Grund aus ungeachtet alles offenen Widerstandes aufgebaut wurde. Und hätte den Verstorbenen nicht seine körperliche Krankheit zur Niederlegung seines Amtes genöthigt. — gewiß noch Mehreres wäre zur Hebung und zum Wohle der Gemeinde geschehen. Das Lieblingsstudium des Verbliebenen waren die philosophischen Schriften J. G. Fichte's. Seine theologischen Ansichten und Meinungen bewegten sich ganz in der Anschauungsweise Köhr's, Bretschneider's und Schleiermacher's. Auch seine religiösen Vorträge (Predigten) wurden ganz in diesem Geiste so populär gehalten, daß der simplesten Bauernverstand davon hingerissen wurde und sie ohne Mühe leicht auffassen konnte. Auch dieses so leicht nicht zu erwerbende Verdienst muß dem Dahingegangenen ohne Hehl zugesprochen werden. *Suum cuique!* Alles muckerische, augenverdrehende, lammfromme Wesen war ihm in der Seele zuwider. Als Sohn eines armen Dorfspredigers von Jakobsdorf war er weit entfernt von aller Intoleranz, Inhumanität und Tyrannei gegen seine Mitgehilfen am Werke des Fortschrittes und der Bildung. Ja er suchte diese vielmehr in ihrem Streben mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu ermuntern und zu fördern, statt das Gegentheil zu bewirken. Darum ist der Ruf an seinem Grabe mit Recht ein gegründeter: *Have pia anima! Sit tibi terra levis!* (Kronstädter Zeitung).

Die „Kronstädter Zeitung“ (Nr. 162) begrüßt das gegen den Papst gerichtete Buch des Jesuiten P. Passaglia „mit Freude und einigem Stolze.“

Berlin, 11. October. Die Gelehrten sind noch nicht einig darüber, wer die neueste französische Brochure „Der Rhein und die Weichsel“ geschrieben hat. Die Einen beweisen klar, daß L. Napoleon nicht so tactlos und unhöflich gewesen sein würde, einen so wichtigen und viel ersehnten Gast wie den König von Preußen mit einem solchen Grusse zu empfangen, und die Andern suchen den Verfasser im polnischen Lager. Die Einen sind Biedermänner, welche sich in den Kopf gesetzt haben, Napoleon nach der Angabe des eigenen Verstandes und der vulgären Höflichkeit zu beurtheilen; die Andern suchen einen Sündenbock, weil ihr ganzes System zusammenfiel, wenn die Schrift dennoch ein politisches Reagens aus dem kaiserlich französischen Laboratorium wäre, ange wandt, um die Wirkung des Experiments auf den König von Preußen und sein militärisches Gesolge zu beobachten. Diesem widerstreitet die heimtückische Art solcher Brochüren nicht und für die Annahme spricht der Modus der Vorbereitung; denn ebenso wie „der Rhein und die Weichsel“

sind schon andere Schriften von ganz demselben Caliber verbreitet worden, nur daß man hier und in diesem Augenblicke den Schein des hohen Ursprungs mehr verdecken mußte. Alle literarischen Productionen Napoleons, sie mögen von ihm direct ausgehen oder durch seine Duldung im censirten Frankreich ihre Sanction erhalten, haben wie Janus ein Doppelgesicht; das eine ist ein belehrendes Mentorgesicht für die Unwissenden in Frankreich, das andere ist freundlich und einschmeichelnd für gläubige Seelen. Die „Times“ machten soeben einen guten Treffer mit der Fabel vom Löwen, welcher die Thiere bittet, sich wegen des Knochenhaufens vor seiner Thüre nicht zu geniren. Napoleon hat sein Päckchen Knochen in- und außerhalb der Höhle. Dennoch gibt es gutmüthige Seelen in Deutschland, welche nichts darin finden, daß dem ankommenden Gaste versichert wird, man wolle ihn weder tödten noch bestehlen, nur um ein paar kleine Gefälligkeiten handle es sich. Deutschland hat liebe Landsleute, welche sich für jeden Fußtritt bedanken, den uns das Ausland beibringt, und bei jeder Mißhandlung versichern, es sei nicht so böse gemeint, wir hätten ja noch unsere gesunden Glieder. Leute, aufs höchste empfindlich, wenn es die Ehre fremder Staatsmänner, fremder Länder gilt, haben keine Achillesferse, wo Deutschlands Ehre auf dem Spiele steht. Was würden französische Journalisten in pressfreien Tagen gesagt haben und was würden Gegner Napoleons in Frankreich selbst heute noch sagen, wenn bei dem vorjährigen Besuche Napoleons in Baden eine anscheinend officöse Brochüre des Inhalts herausgegeben worden wäre: Deutschland bedürfe seiner alten natürlichen Grenzen, der Vogesen, nicht mehr, aber zur Sicherung seiner Grenzen und des Rheinüberganges müsse es Strassburg haben. Wir glauben, den französischen Journalisten, der sich dankbar dafür bezugte, daß Deutschland neun Zehntel seiner veralteten Ansprüche auf das Elsaß aufgegeben, würde der allgemeine Unwille förmlich erdrücken. Niemals würde ein Franzose, ein Engländer auf das sehen, was eine fremde Macht nicht fordert, sondern auf das, was sie fordert. Nur in Deutschland bringen es gewisse Federn fertig, die Schande zu verdecken oder todt zu schweigen, damit nur der liebe Frieden durch kein Lüftchen gestört werde. Auch wir sind für den Frieden mit Frankreich. Wir würden kein Unglück für größer halten, als wenn die beiden großen Culturvölker an beiden Seiten des Rheines die Fluthen des deutschen Stromes mit ihrem Blute rötheten. Ganz richtig ist es, daß die panslavische Propaganda Deutschland mehr bedroht, als das Franzosenvolk. Wer aber hat seit 1856 mehr gethan, um Rußland in alle europäischen Händel hineinzuziehen, als Napoleon? War es nicht Rußland, das 1859 den Congreß für Napoleon zusammenbringen wollte? Hat nicht Rußland Deutschland in seiner berücktigten Drohnote im Auftrage Napoleons als passiven Körper, als politische Waffe ohne Seele und Leben behandelt? Napoleon I. hat die Polen getäuscht und mißhandelt. Ist Napoleon III. redlicher? Liegt ihm an der Durchführung großer culturhistorischer Ideen? Er sagt es und darum glauben wir es nicht. Wer garantirt dafür, daß, während er die Polen gegen Oesterreich und Preußen heßt und sie zur Bedrohung beider deutscher Großmächte benützt, er sie im selben Augenblicke nicht an Rußland aufs neue überliefert? Dem sei wie ihm wolle, Preußen und Oesterreich und mit ihnen ganz Deutschland, werden gut thun noch argwöhnischer als bisher zu sein. Der Friede mit Frankreich kann nur dann erhalten werden, wenn Frankreichs Beherrscher Deutschland achtet und fürchtet. Allen denen aber, welche glauben aus der Studirstube und aus dem Dintensasse heraus hohe Politik zu treiben, rufen wir zu: Ein festes Zusammenhalten der beiden deutschen Großmächte ist auch heute noch nicht nur der beste, sondern der einzige Weg, der zum Heile führt und vom Verderben rettet. Mögen sich die preußenfeindlichen Organe noch so sehr abmühen, Preußen zu verdächtigen, wer wird ihnen jedes Wort glauben? Denn ein Preußen, welches die Wege Bonaparte's wandelt, würde dem Staate des Crösus gleichen, der über den Halys ging und ein großes Reich zerstörte, nämlich sein eigenes.

Unser König ist gestern früh von der Entrevue zu Compiègne auf seinem 4 Meilen von hier entfernten Schlosse Babelsberg bei Potsdam eingetroffen, von wo er übermorgen, ohne die Residenz Berlin zu berühren, nach Königsberg reisen wird, um dort die feierliche Krönung an sich selbst zu erneuern. Ein großer Theil seines Gefolges ist hier eingetroffen und selbstverständlich bildet in diplomatischen Kreisen die bewußte Zusammenkunft vom verflossenen Dienstag ausschließlich das Tagesgespräch. In den Tagesblättern cursiren zahllose Gerüchte, die größtentheils ohne alle Begründung sind. In Nachfolgendem liefere ich Ihnen ein Resumé der Anschauungen in unseren Kreisen, die auch größtentheils in der hiesigen französischen Gesandtschaft maßgebend sind. Die Hauptsache ist, daß man allgemein von einem „herzlichen Einverständnisse“ überzeugt ist, daß die Zusammenkunft in der Politik unseres Königs nichts änderte, die stets besonnen und deutsch bleiben wird und zur Zeit jede intime Allianz mit Napoleon ausschließt, wenn sie auch nicht verhindert, daß wir mit Frankreich in Frieden und Freundschaft leben. Die Freude gewisser Organe, daß der König nun gerade trotz angeblichen Widerwillen Oesterreichs nach Compiègne ging, war doch gar zu thöricht, nachdem Preußen in einem Rundschreiben seine diplomatischen Agenten im Auslande angewiesen hatte, die Reise des

Königs nach Compiègne als einen Act der Courtoisie ohne den entferntesten politischen Zweck darzustellen. Sanguinische Nachfolger von Holberg's politischem Zinngießer sehen bereits ein Bündniß mit Preußen und Frankreich geschlossen, ein Bündniß, an das man an kompetenter Stelle gewiß am wenigsten dachte, und das heuchlerische Entgegenkommen französischer officiöser Organe, das naive Hofstanna gewisser deutscher Blätter waren genügend, um Preußen in Süddeutschland zu verdächtigen und uns „Oesterreich,“ — wir wollen hoffen, nicht den Hof und das Cabinet zu Wien, zu entfremden. Das „Divide et Impera“ war bis jetzt ein Hauptgrundsatz französischer und auch Napoleonischer Staatsklugheit, und ihm die Durchführung dieses Grundsatzes, wenn auch nur unbewußt, erleichtern helfen, heißt geradezu für den Bonapartismus arbeiten. In Kreisen, die sonst als gut unterrichtet gelten, heißt es, daß der König Wilhelm die Reise nach Compiègne nur mit Widerstreben angetreten hat, daß ihn nur die zwingendsten Gründe zu derselben bestimmt haben, ja daß er, ohne den Anschein einer feindseligen Stellung gegen Frankreich anzunehmen, die Unterredung nicht mehr ablehnen konnte. Diese selbst hat am 7. zweimal ohne Zeugen und zwar Morgens im Schlosse zu Compiègne stattgefunden. Daß die hohe Politik dabei Gegenstand der Unterhaltung gewesen, ist selbstverständlich; hingegen dürften alle die unrecht gehen, welche darüber ihre Conjecturen auf den literarischen Markt brachten. Ich will dies hohe stattgehabte Gespräch unter vier Augen nicht näher beleuchten — die Ereignisse werden uns eines weitern hierüber belehren. Indes ist bestimmt unwahr, daß zwischen Preußen und Frankreich ein Vertrag zu Gunsten französischer Arrondirungspolitik zu Stande gekommen oder abgelehnt, daß L. Napoleon eine allgemeine Verringerung der Armee vorgeschlagen oder Preußen zur Anerkennung des „Königreich Italien“ genöthigt habe. Mit Sicherheit wird anzunehmen sein, daß neben der deutschen und italienischen Frage die gegenwärtig wichtigste orientalische Angelegenheit, diese große Dissonanz im europäischen Concert, mit der Thronfolgefrage für Griechenland, worüber der König von Baiern mit unserem Könige in Ostende vor einigen Wochen eine Besprechung hatte, in Compiègne zur Sprache gebracht worden ist. Mich ganz der Conjecturalpolitik fern haltend, hoffe ich, Ihnen in einem meiner nächsten Briefe authentisches Material über die neue Phase, in die wir sichtlich getreten, liefern zu können. —

Es ist uns lieb, diesen „Berliner Brief“ etwas Oesterreich freundlicher gehalten zu sehen, als die früheren.

D. R.

## Anregungen.

Wilibald.

Zehntes Capitel.

Lausenburg.

Jantschi! Einspannen! — Ich werde mit den beiden jungen Grafen ausfahren.

Diese Worte wurden ungarisch gesprochen und waren an den Stallmeister des Grafen . . . . . gerichtet. Augenblicklich wurde der Befehl ausgeführt, in fünf Minuten schon saß der „Herr Professor“ mit seinen zwei Zöglingen in der eleganten Karosse, welche auch sogleich von vier glänzenden Rappen gezogen, wie im Fluge davoneilte.

Der Graf führte als würdiger Nachkömmling eines angesehensten der Adelsgeschlechter aus dem ungarischen Magnatenthum in Siebenbürgen, ein vornehmes Haus, ganz seinen Verhältnissen angemessen. Er war selbst von hoher Bildung, die er sich von deutschen Universitäten geholt und durch Reisen practisch ergänzt hatte. Die Gräfin, seine Gemahlin, hatte ebenfalls eine sorgfältige Erziehung und besaß neben einem edelgebildeten Verstande und einer herablassenden Herzengüte noch jenen feinen Tact im geselligen Umgang, welcher von den höheren Classen der Gesellschaft gefordert wird und ihnen gleichsam mitangeboren zu sein scheint.

Die Kinder sollten den Eltern auf der Liste der erlauchten Ahnen in gleich edler Weise nachfolgen und sie dazu heranbilden zu lassen, war der Eltern sorgfältigste Aufgabe. Der Graf hielt gleichzeitig drei Erzieher an seinem Hofe, einen deutschen, einen französischen und einen ungarischen. In dem deutschen Fache, welches nach der Lieblingsidee des Grafen die meisten wissenschaftlichen Zweige umfaßte, war die Stelle des Erziehers und Professors neu besetzt worden. Der neue deutsche Professor, der mit den jungen Grafen so eben ausgefahren, war Wilibald, der seit kurzer Zeit durch die Gunst der Verhältnisse in eines der ersten Häuser eingetreten war, welche die Blüthe des Adels, in ungarischem Style: des bevorzugten Standes der Magnaten bildete.

Bevorzugt! — Drängt sich dem denkenden Menschen da nicht unwillkürlich die Frage auf: ob mit Recht bevorzugt? — Es ist dieses eine unter den Staatsrechtskundigen noch lange

nicht entschiedene, äußerst schwierige controverseste Frage, die Frage nämlich um die natürliche und sociale Berechtigung rücksichtlich Bevorzugung des Adels im Allgemeinen.

Soviel wird jeder Geschichts- und Menschenkundige zugeben müssen, daß eine verschiedene Begabung der Individuen und ebenso eine individuelle Verschiedenheit der Verdienste statt habe, daß es Individuen gibt, welche aus dem Kreise der Gewöhnlichkeit und Alltäglichkeit durch ihre bedeutende Wesenheit, durch Gesinnungen wie Thaten hervorrage. — sohin die unbestrittene Berechtigung einer sogenannten natürlichen Aristocratie, in allen Ständen und Gewerben, in allen Schichten und Classen der Bevölkerung repräsentirt, eingestehen.

Die Frage ist vernünftigerweise nur um die Berechtigung des Adels, eine eigene Classe, einen eigenen Stand der Bevorzugten zu begründen und dem entsprechend die staatsrechtliche Anerkennung dieser auszeichnenden Stellung neben oder vielmehr über den andern Classen und Ständen zu gewinnen.

Abgesehen von dem Neide, der jede moralische Ueberlegenheit mit scheelem Blicke verfolgt, und von der Alltäglichkeit, welche solcher Ueberlegenheit nur gezwungen und mit innerem Widerstreben ihre Huldigung darbringt; kann es nur im Interesse jeder Gesellschaft, mithin auch der größten sichtbar organisirten, des Staates, gelegen sein, durch Abgränzung und Entwicklung der verschiedenen Sphären und Richtungen eine Veredlung des Ganzen, eine Durchgeistigung der Gesellschaft zu erzielen. In diesem Streben arteten die alten außereuropäischen Institutionen zu der übrigens mit Unrecht gar so verfeierten Systemisirung des Kastenwesens aus; die europäischen, noch erhaltenen Institutionen behielten mit gutem Vorbedacht und in gerechter Würdigung aller socialen Elemente — unbeschadet der staatsbürgerlichen Gleichheit Aller vor dem Gesetze — die Kaste der Adligen, den Adelsstand bei und sind die modernen Adelsstheorien — von abgeschmacktem Revolutions- und Demokratenraisonnement abgesehen — dahin bestrebt, eine in der menschlichen Natur nach freien Principien möglichst begründete und gerechtfertigte Bevorzugung und auszeichnende Stellung in geselliger Beziehung dem Adel zuzugestehen und anzuweisen, sowie zur Gewinnung dieser bevorzugten Stellung durch persönliche Verdienste um das Gemeinwohl Jedem aus der Gesellschaft, aus deren Elite eben der Adel begründet, regenerirt und ergänzt werden muß, die Bahn offen zu halten.\*)

(Fortsetzung folgt).

### (Gingefendet).

Ein New-Yorker Blatt beschuldigt ein anderes, daß es der Wahrheit eben so unfähig als unzugänglich sei, indem selbes zur Erreichung seiner Absichten, die in neun Fällen unter zehneu immer boshaft und teuflisch wären, sich jeden schlechten Mittels bediene, daher seine geeigneten Waffen Lüge und Verläumdung — und setzen wir dazu Verdächtigung — seien; so finden wir in wenig Worten den Character unserer europäischen Staatsumwälzungs- und Secessionisten-Parteien treffend gezeichnet. — Die Gassenkritik über Politik und Administration wird geradezu widerlich. — Die Jämmerlichkeit streift ans Lächerliche, wenn man so ein geharnischtes hyperweises Duodezmännchen Regierungsmaßregeln geringschätzig bekrifteln, verdächtigen und aburtheilen, und über Constitution und Verfassungsbruch nach hinter den Gardinen eingetrichterten Begriffen faseln hört. Wir wären sehr begierig, wenn nicht gar so viel Ernst im Spas läge, diese Austerkritiker und politischen Splitterrichter am Steuerruder des Staatschiffes zu sehen; sie würden bald zur Erkenntniß ihrer Thorheit und Unfähigkeit gelangen. — Ein vernünftiger Capitän wird das Steuerruder seines Schiffes keiner Landratte, mag sie zu Lande noch so viel bramarbafirt haben, auf offener See anvertrauen. — Die Führung des See- wie des Staatschiffes erfordert angeborne Befähigung, gründliche Kenntnisse, Characterstärke, Klugheit, Besonnenheit, Kaltblütigkeit, Erfahrung, Geist, Verstand, Muth und eine sichere, bewährte feste Hand, wie sie nicht jedem Menschenkind zu Theil geworden. — Schwer ist es zu herrschen, aber am schwersten die Kunst des Regierens.

Darum Vertrauen den Regierungsmännern, die der weise Rathschluß eines väterlich gesinnten Monarchen zur Lenkung des Staatschiffes über die hochgehenden Wogen einer sturmbelegten Zeit nach dem sichern Hafen eines friedlichen constitutionellen Lebens an das Steuerruder berufen hat, und die für die gewissenhafte und pflichtgetreue Ausführung ihrer übernommenen verantwortlichen hohen Mission Gott, der Welt, dem Monarchen, dem Land und Volke und der Geschichte Rechenschaft schulden!

Es wäre Aufgabe und Beruf der Presse, für das gegenseitige Verständniß der Regierung zum Volke und des Volkes zur Regierung zu wirken. Die bessere Presse erfaßt und erfüllt auch

\*) Wir haben wenig einzuwenden gegen die bevorzugte Stellung des Adels, wenn sie der Gleichberechtigung in sogenannten „bürgerlichen“ Dingen nicht hinderlich ist — Doch wundern wir uns baß über die aristocratischen penchants unseres Verfassers des „Wilibald.“ — Ruß denn der Sporn der Adeligung vorhanden sein, um den Bürger oder Bauer dazu zu vermögen, sich Verdienste um das Gemeinwohl zu sammeln. — Es gibt ja doch noch andere Triebfedern.

diese ihre wichtige Bestimmung aufs ehrenvollste. — Leider gibt es aber auch eine schlechte Subel-  
 presse, die — ganz das Gegentheil der guten — sich selbst schändend, ihrem kläglichen schmutzigen  
 Dasein einerseits durch Schmähungen, Aufreizungen und Verdächtigungen, andererseits durch ge-  
 meine Zotenreißerei, und durch widrige, jedes edlere Gefühl verletzende grobe und plumpe Carri-  
 caturen, auf Kosten des Anstandes, der Menschenwürde, des Ehrgefühls, der Rechtsachtung und des  
 gesunden Urtheils eine unflätliche Substanz zu verschaffen bemüht ist. — Der Richtung dieser  
 schlechten auf den Leichtsinne einer gedanken- und urtheilslosen Menge speculirenden, dem Ernste der  
 Zeit unangemessenen, Presse entgegen zu treten, ist dringende Pflicht jedes gebildeten Patrioten.

### Briefkasten.

An die Redaction der „Kronstädter Zeitung.“ Es ist uns ganz gleichgiltig, ob Sie die Absicht  
 hatten oder nicht hatten, mit uns jeden ferneren Kampf abzubrechen. Unsere bisweiligen Berücksichtigungen der  
 „Kronstädter Zeitung“ gelten nicht der Person, sondern der guten Sache, der Sie — es wäre eine Beleidigung,  
 anzunehmen: unwissentlich — Schaden zuzufügen bemüht sind. — Also den Herrn v. Tarnay kennen Sie  
 nicht? — Wir möchten Ihnen beinahe den Vorschlag machen, sich zu schämen. —

### Uebersicht der Ereignisse.

Oesterreich. (W. G.) Wien. Abgeordnetenhaus. Sitzung vom 30. September;  
 Präsident Hein; Ministerbank: Lasser. — Cardinal Rauscher meldet, daß für die Mitglieder des  
 Hauses Einlasskarten zu der Feier des Namensfestes des Kaisers am 4. October verabfolgt werden. —  
 Die Debatte über das Gemeindegesetz wird eröffnet, und zwar über Artikel 9 und 10 (active und  
 passive Wahlfähigkeit) gleichzeitig. Berichterstatter Rechbauer entwickelt die Unterschiede zwischen  
 dem Standpunkte des Ausschusses und dem der Regierungsvorlage und begründet den ersteren. —  
 Wurzbach stellt den Antrag Artikel 9 und 10 wegzulassen, und Artikel 7 und 8 an deren Stelle  
 zu setzen. Die Bedingungen für actives und passives Wahlrecht müssen die gleichen sein; als  
 Grundsatz habe zu gelten: wer nicht wahlberechtigt, ist auch nicht wählbar. In längerer Ausein-  
 anderlegung bekämpft Redner die Bestimmungen des Ausschussesberichtes. (Der Antrag wird un-  
 terstützt). — Mühlfeld beantragt, an Stelle des Artikels 9 zu setzen: Um zur Wahl berechtigt  
 zu sein, muß man Gemeindeglied und im Vollgenusse der politischen Rechte sein. Auch für Artikel  
 10 a und b schlägt er eine andere Fassung vor, und spricht namentlich gegen Freisprechung ab-  
 instantia. Auch Verurtheilte können gewählt werden, wenn die öffentliche Meinung für sie spricht.  
 Im Fall der Verjährung könne es ja geschehen, daß Jemand wählbar ist, von dem nachträglich  
 bekannt geworden, daß er ein Verbrechen begangen habe. Die §§ 225, 226, welche nach der über-  
 standenen Strafe alle weiteren üblen Folgen von dem Bestraften abwenden sollen, werden vollständig  
 illusorisch gemacht. (Seine Anträge werden unterstützt). — Riehl stellt ein Amendement dazu. —  
 Stamm beantragt Ausdehnung der Ausschließungsbedingungen auf die Höchstbesteuerten. (Un-  
 terstützt). — Rechbauer bekämpft die verschiedenen Anträge, macht namentlich gegen Mühlfeld  
 bemerklich, daß nach dessen Antrag ein Mörder sofort nach Abbüßung seiner Strafe Gemeindeglied  
 Vorstand werden könne. Bei der Abstimmung fallen alle Anträge außer Stamm's, und einer  
 textuellen Aenderung von Mühlfeld. Artikel 9 und 10 werden übrigens in der Fassung des  
 Ausschusses angenommen.

Artikel 11 Dr. Grünwald stellt den Antrag, auszusprechen: ein Landesgesetz habe zu be-  
 stimmen, unter welchen Modalitäten die Gemeindevertretung gebildet werden müsse, um die In-  
 teressen der Höchstbesteuerten zu wahren. Artikel 12 wird ohne Debatte angenommen. Zu Artikel  
 13 stellt Tasek den Antrag, der 2. Satz habe statt „für die Vollziehung der vom Staate der  
 Gemeinde übertragenen Geschäfte übernimmt die Gemeinde gegenüber der Regierung die Haftung“  
 zu lauten: „keine Haftung, ausgenommen in jenen Fällen der Ersatzpflicht, welche aus der Ver-  
 zlegung oder Vernachlässigung der Vorschriften über die Bewahrung gesetzmäßig übergebener Ver-  
 mögenstheile hervorgehen.“ (Unterstützt). — Abgeordneter Ryger stellt den Antrag, Artikel 13  
 sei zu textiren: „der Gemeindevorstand ist für seine Amtshandlungen dem Staate und der Gemeinde  
 verantwortlich, die daraus hervorgehende civilrechtliche Haftung des Gemeindevorstandes, fällt der  
 Gemeinde subsidiarisch zu.“ (Unterstützt). — Abgeordneter Fromer schlägt folgende Textirung  
 vor: „der Gemeindevorstand ist für seine Amtshandlungen der Gemeinde, die Mithaftung der  
 öffentlichen Verwaltung (Artikel 5 und 6) auch dem Staate verantwortlich, die Mithaftung der  
 Gemeinde ist nach dem 30. Hauptstücke des bürgerlichen Gesetzbuches zu beurtheilen.“ (Unterstützt). —  
 Minister v. Lasser: der Schwerpunkt der Frage ist in dem 1. Satze des Artikels 13, der 2te  
 Satz könnte, da er eigentlich etwas Selbstverständliches enthält, ganz wegbleiben, doch nehme die  
 Regierung die ausdrückliche Feststellung der in ihm enthaltenen Bestimmung gerne an. Ihrem

Standpunkte entsprechen das Amendement Fromer. Nach einigen Bemerkungen des Abgeordneten Prazak, des Präsidenten und des Berichterstatters einigen sich Minister v. Lasser und Graf Belcredi zu folgendem Antrag: „der Gemeindevorstand ist für die Amtshandlungen der Gemeinde, und bezüglich des übertragenen Wirkungskreises auch der Regierung verantwortlich.“ Artikel 13 wird sagweise zur Abstimmung gebracht, für den 1. Satz das Amendement Lasser-Belcredi angenommen, für den 2. Satz werden sämtliche Amendements abgelesen, da das Haus im Gegenseite zur Auffassung des Präsidenten von der Ansicht auszugehen scheint, daß dieser Satz durch die Annahme des 1. entfallt. Artikel 14 ohne Debatte angenommen. —

(W. G.) Aus Prag, 9. October wird dem „Wanderer“ geschrieben: Es ist hier eine Diplomfeier angeregt, welche im Gegenseite zu den Februarpatenten am 20. October festlich begangen werden soll. —

(W. G.) Die Lemberger Polizeidirection erläßt eine Warnung, aus welcher ersichtlich wird, daß dort durch anonyme Placate zur Feier des 10. October — wir wissen nicht, welche Bedeutung dieses Datum in der polnischen Geschichte hat — aufgefördert und Diejenigen bedroht werden, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, ihre Geschäfte nicht schließen sollten u. s. w.

(W. G.) Aus Galizien. In Tarnow fand dieser Tage unter zahlreicher Betheiligung des Volkes von nah und fern eine nationale Feier statt, indem den im Jahre 1846 von den Bauern Getödteten ein Denkmal auf einem nahen Berge errichtet wurde. Am Donnerstag 10. d. soll dort ein Trauergottesdienst für Kosciuski abgehalten werden.

(W. G.) Slavische Organe haben wiederholt bittere Klage darüber geführt, daß die Wallfahrer nach Wellehrad in Mähren vielfachen vexationen ausgesetzt gewesen, ja, als „Hochverräther“ behandelt worden wären, während den Festen und Demonstrationen der Deutschen durchaus kein Hinderniß in den Weg gelegt worden sei. Die „Brünner Zeitung“ nimmt davon Gelegenheit, das angebliche tschechische Märtyrertum etwas näher zu betrachten. Zunächst erinnert sie daran, daß man die Schaaren, welche sich auf dem Berge Hostein versammelten, doch kaum als lauter Wallfahrer betrachten könne, im Gegentheile hätten wirkliche Wallfahrer sich über die politischen Demonstrationen, durch welche man ihren Bittgang gestört, beklagt. Im Uebrigen werde Niemand mit der Behauptung auftreten können, daß ihm bei der Erfüllung der frommen Pflicht irgend ein Hinderniß bereitet worden sei. Die „schauerliche Masse von Gendarmen und Polizeialgenten,“ von welchen einzelne Correspondenten zu erzählen wußten, schrumpfte bei näherer Untersuchung in einen einzigen Gendarmen zusammen, welcher ohne Gewehr, nur mit seinem Säbel bewaffnet, dem Feste als ruhiger Zuschauer beivohte. —

(W. G.) Dem „Waterland“ wird aus Venedig 7. October geschrieben: Wir haben wieder ein neues ungeheures Fiasco unserer demonstrationsfüchtigen Venetianer Neu-Italiens oder Anhängers Mazzini's und Agenten des Galantuomo zu registriren. Nachdem die verschiedenen Ovationen versucht waren, versuchten diese Herren mit dem Marschall Magnan während dessen kurzer Anwesenheit hier ihr Glück, aber mit einem äußerst unglücklichen Erfolge. Authentische Mittheilungen setzen uns in den Stand, eine genaue Schilderung des Vorfalls zu geben, für dessen wörtliche Richtigkeit wir einstehen. Der französische Marschall, welcher, nebenbei gesagt, im strengsten Incognito reiste, war eben vom Besuche des Dogenpalastes und des Marcusplatzes in sein Hotel zurückgekehrt, als ihm eine Visite von 2 eleganten Herren und 2 ebenso eleganten Damen, gemeldet wurde. Die Gemeldeten wurden natürlich sogleich vorgelassen, und stellten sich in gewählten Phrasen als Abgeordnete der Bevölkerung Venedigs vor, um Sr. Excellenz die Sympathien Venedigs für Frankreich, und deren Hoffnung auf dessen Hilfe zu Füßen zu legen. Die Rede wurde französisch gehalten, und war natürlich mit Phrasen, Klagen und Schmerzensschreimelodien reich gewürzt. Eine der beiden Damen ergriff sodann das Wort, und dem Marschall ein ungeheures tricolores Blumenbouquet überreichend, drückte sie ihm die Liebe und Verehrung der Venetianer für seine Person, jene seines Kaisers und seiner Nation aus, und schloß in der Hoffnung, ihm ein ähnliches Bouquet an dem hoffentlich nicht fernem Tage, reichen zu können, wo die vereinte französische und italienische Tricolore, deren Farben in diesem Bouquet vertreten seien, auf dem Marcusplatz wehen werde, und sie bitte ihn daher, dieses Bouquet als ein Symbol ihrer Hoffnungen und Sympathien anzunehmen. Der Marschall hörte dem Redeflusse des männlichen und des weiblichen Demosthenes mit einem ganz impatiblen Gesichte zu, und nachdem der Wortschwall geendet hatte, erwiderte er in höchst kaltem Tone folgende Worte, die wir genau wiederholen: „Meine Herren und Damen! Die Ausdrücke der Sympathie für meinen erhabenen Herrn, für meine Nation und für mich sind zwar sehr schmeichelhaft, doch muß ich Ihnen aufrichtig gestehen, daß ich nicht begreife, wie ich dazu komme, daß Sie sich hiebei an mich wenden. Es dürfte Ihnen vielleicht bekannt sein, daß ich nicht als französischer Marschall, sondern als Privatier reise, und daß ich demnach unmöglich für das Organ angesehen werden kann, welches ihre Ovationen an die betreffende Adresse gelangen

lassen kann. Als französischer Marschall muß ich erklären, daß ich durchaus nicht weiß, Etwas gethan zu haben, um die Ovationen zu verdienen, welche Sie mir bringen, — als solcher habe ich die Befehle meines Herrn und Kaisers stets getreu vollzogen, sowie ich auch dieselben in Zukunft unter allen Bedingungen, ohne sie zu kritisiren, vollziehen werde. Ich muß Ihnen endlich frei und offen erklären, daß Sie sich in mir sehr irren in dem Falle, als Sie glauben, daß ich mich dazu hergeben werde, als Object für eine Demonstration gegen eine Regierung zu dienen, deren Gastfreundschaft ich eben in Anspruch nehme. Ich gestehe, daß solche Demonstrationen mir von Natur aus zuwider sind, da ich durchaus nicht einsehe, wozu selbe nützen sollen." Sich sodann an die Damen wendend, sprach der Marschall: "Das schöne Boquet, meine Damen, welches Sie mir verehren wollen, kann ich aus doppelten Gründen nicht annehmen: erstens, weil ich als wohlzogener Mann demselben einen solchen Werth beilegen müßte, um dasselbe mit mir zu nehmen und aufzubewahren, und dazu habe ich bei meiner beschränkten Bagage keinen Platz; und zweitens müßte ich mich auch der Aufbewahrung desselben in meinem Zimmer enthalten, denn der Blumengeruch verursacht mir Kopfschmerz. Entschuldigen Sie daher, wenn ich Sie bitte, Ihr schönes Geschenk Jemanden zuzuwenden, der dasselbe besser zu würdigen versteht. Leben Sie wohl, meine Herren und Damen, und nehmen Sie meinen Dank und meine Entschuldigungen gütig auf." — Hiemit war die Audienz zu Ende, und den demonstrationsfüchtigen Venetianern und Venetianerinnen muß wohl die Schamröthe ins Gesicht steigen, wenn sie sich ihres Fiasco's erinnern; vorausgesetzt, daß ihre ehernen Visagen noch über eine Schamröthe verfügen können. —

(W. G.) Warschauer Briefe erzählen von bedeutenden unruhigen Auftritten in Petersburg. Die russische Gesandtschaft in Wien erhielt noch keinerlei diese Gerüchte bestätigende Mittheilung, so daß man Grund hat, dieselben mindestens für übertrieben zu halten. —

Italien. Turin, 11. October. Der Eintritt Ratazzi's in das Ministerium wird in Abrede gestellt. Dagegen spricht man von einer engen Einigung Ratazzi's mit Farini. Aus Rom wird gemeldet, daß der demnächst nach Frankreich zurückkehrende Herzog von Grammont das Großkreuz des Pius-Ordens erhalten habe. —

Mailand, 10. October. Dem Lombardo wird aus Turin vom 9. d. M. gemeldet: Das Ministerium erhielt eine officielle Depesche, welche die plötzliche Abreise Garibaldi's in unbekannter Richtung meldet. Einige glauben, er conferire mit den magyarischen Emigranten in Genua, andere vermuthen, daß er nach der türkischen Gränze gereist sei. —

## N e u e r s.

„Kolozsvári közlöny“ (Nr. 162) sehnt sich nach einem Ministerium Lam.

(W. G.) Wien, 12. October. Die Ministerconferenzen der jüngsten Tage hatten, wie wir vernehmen, die Berathung über das Einführungsprivileg zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche zum Gegenstande. —

Triest, 11. October. (Tel. Dep. d. Wiener Ztg.) Se. Majestät der Kaiser sind am 10. d. M. um 10 Uhr Abends in Miramar eingetroffen und haben sich um 11 Uhr auf dem Kriegsdampfer Greif eingeschifft. —

Vereinigte Staaten von Amerika. New-York, 23. September. Die Conföderirten errichten am Potomac Batterien und wollen zwischen Decoquan und Aquida-Creek den Fluß überschreiten. Die Bundesstruppen nahmen Romney. Die Versammlung Kentucky's beruft 40,000 Freiwillige ein, und bedroht die widerspenstigen Bürger mit Strafen. —

## Telegraphische Effecten- und Wechsel-Course.

Schlußcourse vom 14. October 1861.

E f f e c t e n.	
5% Metalliques . . . . .	66 70
5% National-Anlehen . . . . .	80 25
Banfactien . . . . .	745
Creditactien . . . . .	182 20
W e c h s e l.	
Silber . . . . .	137 25
London . . . . .	138
Ducaten . . . . .	6 56

Hermannstadt, 1861.

Expedition:  
F. A. N. Krabs.

Verantwortlicher Redacteur, Eigenthümer u. Verleger:  
Heinrich Schmidt.

Schnellpressendruck  
v. Clossius'sche Buchdruckerei